

POSTSKRIPTA

Böttcher Anmerkungen

zu seinem Buch

Russland und der Westen

sowie zu seinen diversen Artikeln

hinsichtlich des

Überfallkrieges auf die Ukraine.

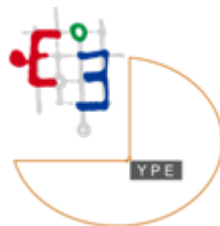
“...Der Überfall auf die Ukraine, und der Umgang im Westen mit dem Überfall, liegen für mich in einem Punkt nahe beieinander:

Beides, Aktion und Reaktion zeigen ein Denken auf der Grundlage eines falschen Bewusstseins...”

wb

Additiv:

Ursachenforschung, Analysen, Erläuterungen, Kommentare und Vorschläge, wie dieser Konflikt zu lösen ist.



INTRODUKTION

Um jedem Missverständnis vorzubeugen, geht es mir in diesen Anmerkungen nicht darum, auch nur einen Hauch eines Verständnisses für Putins ruchlose Tat anzudeuten.

Es gibt für mich keinen Grund, und zwar gar keinen, einen souveränen Staat zu überfallen und todbringendes Leid den Menschen zuzufügen. Dies bleibt unzivilisiert und menschenverachtend.

Auch schließe ich mich nicht der missverständlichen Polemik von Herfried Münkler an, Menschen, die über Möglichkeiten eines Friedens nachdenken, als „Unterwerfungspazifisten“ zu diffamieren.

wb



Willy Brandt

„FRIEDEN IST NICHT ALLES - ABER OHNE FRIEDEN
IST ALLES NICHTS!“

„FRIEDEN IST NICHT ALLES - ABER OHNE FRIEDEN IST ALLES NICHTS.“

Willy Brandt, 1913 - 1992

VON

[Winfried Böttcher](#)

Der menschenverachtende, zutiefst verstörende Krieg in der Ukraine führt uns in erschreckender Weise vor Augen, wie zerbrechlich der Friede ist. Seit 1945 haben über 100 Kriege in der Welt, auch mit europäischer Beteiligung stattgefunden. Dies hat Europa hingenommen. Nun ist der Krieg mitten in Europa angekommen und wir sind verstört. Mit der Verstörung hat sich unser Denken radikalisiert und steht uns im Wege, neu zu denken.

Nur ein radikales Umdenken führt zum Frieden.

Der Westen geht davon aus, dass Russland den Krieg verlieren muss. Um dies zu erreichen, liefert er möglichst viele, auch schwere Waffen, in die Ukraine, um dieser Hoffnung eine Chance zu geben. Eine Sicherheit für den Traum, Russland eine vernichtende Niederlage auf dem Schlachtfeld zuzufügen, hat er nicht. Der Glaube, Russland soweit zu schwächen, dass es zukünftig nie mehr einen Angriffskrieg führen kann, wie der amerikanische Verteidigungsminister äußerte, ist ein Irrglaube, außerdem höchst unklug. Trotz aller Waffenlieferungen kann die Ukraine auf Dauer der russischen Übermacht nicht standhalten.

Wenn richtig ist, dass Putins Kriegsziel die Zerstörung der Ukraine ist, um sie als pro-westliches und damit anti-russisches Projekt zu verhindern, dann kann Putin nur davon ausgehen, dass er gewinnen wird.

Beide Positionen, die westliche und die russische, stehen sich antagonistisch gegenüber. Beharren beide auf ihren jeweiligen Standpunkten, gibt es keine Lösung. Das unsäglich menschenverachtende Morden wird in der Ukraine bis zur Erschöpfung einer oder beider Seiten weitergehen.

Diese kurze Beschreibung unvereinbarer Kriegsziele zwischen Russland und der durch den Westen unterstützten Ukraine zeigt unmissverständlich, worum es eigentlich geht. Es geht um eine Systemkonfrontation zweier Lebensmodelle, dem der westlichen Demokratie und demjenigen autokratischer Herrschaftsform.

Wenn diese düstere, aber nicht unrealistische Einschätzung der Lage auch nur im Ansatz stimmt, müssen wir herausfinden, ob sie stimmt.

Der Westen muss seine Maximalposition, die Ukraine muss den Krieg gewinnen, wie eine Mantra vor sich hergetragen, aufgeben. Russland muss seine Maximalposition, die Ukraine zerstören zu wollen, ebenfalls aufgeben.

Dies bedeutet nicht, dass die Systemkonfrontation aufgegeben wird. Im Gegenteil bin ich der Meinung, dass diese Konfrontation mit zunehmender Stärke Chinas sich verschärft. Allerdings würde eine friedliche Lösung des Ukraine-Konflikts eine Hoffnung sein. Die Hoffnung, dass die unausweichliche Systemkonfrontation in einem friedlichen, ko-existenten Wettbewerb um das menschenwürdigere Zusammenleben in einer uns allen gleichermaßen durch den Klimawandel bedrohten Welt stattfindet. Die Dramatik der Möglichkeit (vielleicht gar Wahrscheinlichkeit) einer Zerstörung der menschlichen Existenz durch den Klimawandel wird uns zu der Einsicht zwingen, die ideologische Systemkonfrontation selbst aufzugeben und die Apokalypse vielleicht noch abzuwenden.

Da aber niemand weiß, unter welchen Bedingungen Putin sein Kriegsziel, die Ukraine zu zerstören, aufgeben würde, können wir seine Absichten nur pragmatisch testen.

Dazu beziehe ich mich auf meinen Vorschlag vom 8. Mai in der Zeitschrift > Der Hauptstadtbrief<.

Frieden in der Ukraine ist möglich.

Der Krieg in der Ukraine kann sofort beendet werden, wenn Irrsinn der Vernunft weicht. Die Vernunft, die eigentlich seit der Aufklärung zivilisiertes menschliches Handeln bestimmen sollte, ist Voraussetzung dafür, dass die hier vorgeschlagenen Elemente zu einem Frieden führen können.

Die Maxime politischen Handelns darf nicht länger von Hass, Drohung, Gewalt bestimmt werden, die zur paranoiden psychologischen Erstarrung führt, sondern Vernunft muss die Handlungsorientierung sein. Politik muss ihr politisches Handeln an einem Grundgedanken Richelieus (1585 – 1642) orientieren: Politik als Kunst zu verstehen, das Notwendige möglich zu machen. Vorrangig ist das Notwendige: sofort den menschenverachtenden Krieg zu beenden.

Ich gehe davon aus, dass Wladimir Putin sein Kriegsziel, Donezk und Luhansk Russland einzugliedern, nicht aufgeben wird. Ob dies das Endziel seines Krieges ist, kann nur dadurch herausgefunden werden, ob er einem Vorschlag wie dem folgenden zustimmt.

Die Ukraine, die sich in existentieller Not befindet, hat nur zwei Möglichkeiten.

Entweder den Krieg, auch mit Hilfe schwerer Waffen aus dem Westen, fortzusetzen, unter erheblichem Verlust von Menschenleben. Zu gewinnen ist der Krieg wohl kaum, trotz bewundernswerter tapferer Gegenwehr der Ukrainer.

Oder, die beiden Regionen seines Staatsgebietes einzutauschen gegen eine international garantierte souveräne, neutrale Ukraine, ohne Donezk und Luhansk.

Den Krieg fortzuführen, bedeutet unsägliches, weiteres menschlichen Leid, bedeutet die Fortsetzung der Flüchtlingsströme gut ausgebildeter Ukrainerinnen und Ukrainer, bedeutet den Verlust von Hoffnung, die in den geflüchteten Kindern liegt (vorteilhaft für immer älter werdende Europäer), bedeutet den Verlust auf eine friedliche Zukunft in einem befreundeten Westen.

Wie immer der Krieg weitergeht, mit dem Risiko eines dritten Weltkrieges, enden wird er mit dem Verlust von Donezk und Luhansk für die Ukraine. Beide Regionen werden Russland eingegliedert, zumindest orientieren sie sich an Russland, wie schon seit Jahrhunderten.

Ich weiß, dass sofort der Vorwurf erhoben wird, ich würde die Aggression Russlands auch noch belohnen. Aber, wenn nach vernünftigem Ermessen es unwahrscheinlich, ja, ausgeschlossen ist, das Ziel einer Wiederherstellung der vollständigen Integrität der Ukraine zu erreichen, dann ist es nur rational und menschlich, sofort den Krieg zu beenden.

Damit dies gelingen kann, bedarf es unabdingbar notwendiger Voraussetzungen:

1. Die Ukraine bietet Russland an, über eine neue Grenzziehung zwischen beiden Ländern zu verhandeln unter der Bedingung, dass Russland sofort alle Feindseligkeiten einstellt.
2. Sollte die Ukraine sich zu solch einem schwerwiegenden Verzicht der beiden Regionen entschließen können (eine Volksabstimmung nach einem Waffenstillstand ist unerlässlich), dann kann sie dies nur tun, wenn sie im Gegenzug internationale Garantien erhält.
3. Vor den Garantien müssen noch einige Voraussetzungen erfüllt sein, nämlich, dass die Ukrainerinnen und Ukrainer, die eine neue Heimat in der zukünftigen Ukraine finden wollen, mit Hab und Gut (Entschädigung) ihre alte Heimat in Donezk und Luhansk verlassen können.
4. Weiterhin muss Russland im Vorhinein vertraglich sicherstellen, dass eine neutrale Ukraine natürlich Mitglied der Europäischen Union werden kann.

Die Erfüllung der Grundvoraussetzungen 3 und 4 durch Russland ist der Lackmustest dafür, ob Russland nicht weitere Eroberungsziele in Europa verfolgt.

5. Die Verhandlungen über die zukünftigen Grenzen zwischen Russland und der Ukraine mit dem Ziel eines friedlichen Miteinanders zwischen Russland und dem Westen werden unter der Schirmherrschaft der UNO geführt.
6. Der zentrale Punkt ist eine internationale Garantie für die Ukraine, dass niemals mehr ein Angriff auf ihre Souveränität erfolgen kann. Zu den Garantiemächten könnten Länder der EU, die USA und Russland unter der Schirmherrschaft der UNO gehören.

Gelingen kann dies nur, wenn

- > Russland und die Ukraine grundsätzlich bereit sind, den Krieg unter den oben skizzierten Voraussetzungen zu beenden;
- > bereit sind, den Grundsatz in der internationalen Politik, dass Recht vor Macht geht, für ihr politisches Handeln anzuerkennen;

- > bereit sind, mit Vernunft und Vision zu einem Dialog der Übereinkunft, anstatt wie bisher der Gegensätze, zu kommen;
- > bereit sind, gegenseitige Vorurteile, diffamierende Propaganda und Herabsetzung des Gegners aufzugeben, um sich als gleichberechtigte Partner begegnen zu können;
- > bereit sind, die Interessen des Gegners in das eigene Denken einzubeziehen.

Es ist selbstredend, dass ein solcher schmerzhafter Verzicht nur von der Zustimmung des Ukrainischen Volkes abhängt. Aber noch schmerzhafter ist der Kampf bis zur Erschöpfung unter Verlust unzähliger Kinder, Frauen und Männer und dem Leid Zurückgebliebener.

PROF. DR WINFRIED BÖTTCHER

Aachen im Mai 2022

Nachweise

Böttcher, Winfried (2022, [Russland und Der Westen, 2. um 60 S. Erw. Aufl., Jüchen](#)

Frank Deppendorf/ Ursula Münch (Hrsg.), [Der Hauptstadtbrief. 8. Mai 2022](#)

RUSSLAND BLEIBT UNSER NACHBAR, OB WIR WOLLEN ODER NICHT.

[von Winfried Böttcher](#)

Vorbemerkung

Um jedem Missverständnis vorzubeugen, geht es mir in dieser kurzen Anmerkung nicht darum, auch nur einen Hauch eines Verständnisses für Putins ruchlose Tat anzudeuten.

Es gibt für mich keinen Grund, und zwar gar keinen, einen souveränen Staat zu überfallen und todbringendes Leid den Menschen zuzufügen.. Dies bleibt unzivilisiert und menschenverachtend.

Auch schließe ich mich nicht der missverständlichen Polemik von Herfried Münkler an, Menschen, die über Möglichkeiten eines Friedens nachdenken, als „Unterwerfungspazifisten“ zu diffamieren.

Der Überfall auf die Ukraine und der Umgang im Westen mit dem Überfall liegen für mich in einem Punkt nahe beieinander. Beides Aktion und Reaktion zeigen ein Denken auf der Grundlage eines falschen Bewusstseins.

Der Kriegstreiber hat nicht verstanden, dass kein Krieg eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist. Krieg ist ein physischer Gewaltakt jenseits jeder Moral, einem Gegner seine Sichtweise und seinen Willen aufzuzwingen.

Während der Aggressor an den Krieg als die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln glaubt, ist der Pazifist davon überzeugt, dass auf der heute erreichten Kulturstufe jeder Krieg zwischen zivilisierten Nationen ein Widerspruch in sich ist. Recht zügelt die Macht. Die Anhänger, die Frieden für möglich halten, als „Unterwerfungspazifisten“ zu klassifizieren, zeugt ebenfalls von falschem Bewusstsein.

Vielleicht könnten beide Kontrahenten gemeinsam darüber nachdenken, dass es zu Frieden keine Alternative gibt. „Entweder schaffen wir den Krieg ab, oder er schafft uns ab.“ (Bosch, 200)

Die nicht zu unterschätzende Gefahr

Zwei Zitate mögen verdeutlichen, in welcher gefährlichen Gefahrenspirale wir uns befinden. Beide Mahnungen verantwortungsbewusster Naturwissenschaftler zeigen in die Richtung des umsichtig agierenden deutschen Bundeskanzlers:

„Die Entwicklung der Technik in unserer Zeit macht dies ethische Postulat zu einer Existenzfrage für die heutige zivilisierte Menschheit und die aktive Teilnahme an der

Lösung des Friedensproblems zu einer Gewissenssache, der kein der moralischen Verantwortung bewusster Mensch ausweichen kann.“

Für Albert Einstein (1879-1955) ist Tötung im Krieg „um nichts besser als gewöhnlicher Mord.“

...

„Solange aber die Nationen nicht dazu entschlossen sind, durch gemeinsame Aktionen den Krieg abzuschaffen und durch friedliche Entscheidungen auf gesetzlicher Basis ihre Konflikte zu lösen und ihre Interessen zu schützen, sehen sie sich genötigt, sich auf den Krieg vorzubereiten. Sie sehen sich dann genötigt, alle, auch die verabscheuungswürdigsten Mittel vorzubereiten, um im allgemeinen Wettrüsten nicht überflügelt zu werden. Dieser Weg führt mit Notwendigkeit zum Krieg, der unter den heutigen[vor mehr al 70 Jahren geschrieben] Verhältnissen allgemeine Vernichtung bedeutet.“ (Einstein, Friede. zit. bei Bosch, 171)

Die Göttinger Erklärung von 18 hoch angesehenen Atomwissenschaftler vom 12. April 1957, darunter vier Nobelpreisträgern, verdeutlicht uns eindringlich, in welcher Gefahr wir uns 65 Jahre später befinden, wenn Putin auf seine taktischen Atomwaffen hinweist:

„Taktische Atomwaffen haben die zerstörende Wirkung normaler Atombomben. Als >taktisch< bezeichnet man sie, um auszudrücken, dass sie nicht nur gegen menschliche Siedlungen, sondern auch gegen Truppen im Erdkampf eingesetzt werden sollen. Jede einzelne taktische Atombombe oder Atomgranate hat eine ähnliche Wirkung, wie die erste Atombombe, die Hiroshima zerstört hat. Da die taktischen Atomwaffen heute in großer Zahl vorhanden sind, würde ihre zerstörende Wirkung im ganzen sehr viel größer sein. Als >klein< bezeichnet man diese Bomben nur im Vergleich zur Wirkung der inzwischen entwickelten >strategischen< Bomben, vor allem der Wasserstoffbomben.“

(zit. bei Bosch, 184)

Um wie viel mehr müssen uns heute solche Aussagen nach 65 Jahren ungehemmter Aufrüstung er- und aufschrecken.

Sanktionen

Grundsätzlich will ich hier nicht darauf eingehen, ob Sanktionen ein Land, dazu noch ein autokratisches, bewegen können, Kriegsziele aufzugeben. Über die Verhängung von Sanktionen im ökonomischen Bereich, dort wo Einzelpersonen das milliardenschwere Rückgrat des Systems bilden, kann man durchaus unterschiedlicher Auffassung sein. Wo ich allerdings sicher bin, dass eine Sinngebung im Sinnlosen für den Kulturbereich nicht gilt. Dies beunruhigt mich.

Einen Bereich der Kultur, den wissenschaftlichen Austausch zwischen jungen Menschen aus Russland und den Kollegen zum Beispiel aus Deutschland, will ich besonders hervorheben.

Es macht keinen Sinn jungen Russinnen und Russen ihre Stipendien an unseren Universitäten zu streichen, weil ihr Präsident einen zutiefst inhumanen Krieg führt.

Auch die Streichung von Mitteln für gemeinsame Forschungsprojekte sind sinnlos. Dies widerspricht nicht nur den individuellen Interessen der jungen Menschen, sondern auch unseren eigenen.

Wir sollten es begrüßen und unterstützen, wenn junge, lernwillige Menschen zu uns kommen und gemeinsam an einem diskursiven Lernprozess sich beteiligen.

>> Sie lernen nicht nur etwas vom Fach Maschinenbau, Elektrotechnik, Physik, Chemie so weiter, sondern sie lernen auch unser Denken zu verstehen.

>> Sie lernen viel über unsere Gesellschaft, unsere Werte, unsere Traditionen, unsere Überzeugungen und unsere Art und Weise, wie wir leben wollen.

>> Sie lernen über sich selbst nachzudenken, frei und kritisch und zu vergleichen mit dem verordneten Denken zu Hause.

>> Sie lernen ihren Gedanken und Gefühlen Ausdruck zu verleihen, wie sie es für richtig halten.

>> Sie lernen ihrem Leben einen selbstbestimmten Sinn zu geben.

Sie kehren mit einem anderen Verständnis nach Hause zurück, mit einem anderen Bewusstsein menschlichen Zusammenlebens, mit der Offenheit und Fähigkeit zum Dialog mit anders Denkenden, wie es Rosa Luxemburg (1871-1919) so treffend formulierte: „Die Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden.“ (Luxemburg, 359)

Mit solchen jungen Menschen, die die Zukunft sind, können wir dann wieder eine Dialogbereitschaft zwischen Nachbarn aufbauen, orientiert an dem großen Philosophenkaiser Roms [MARC AUREL \(120-180\)](#), *dass die europäischen Länder sich verhalten mögen wie die Häuser einer Stadt*. Trotz des Krieges in der Ukraine ist eines sicher: wie immer er auch endet, wird Russland unser Nachbar bleiben, mit oder ohne Putin.

[PROF. DR. WINFRIED BÖTTCHER](#)

Aachen im Juni 2022

Verwendete Literatur

Böttcher, Winfried (2022), Russland und Der Westen, 2. um 60 S.erw. Aufl., Jüchen

Bosch, Manfred (Hrsg.)(1981), Nie wieder!, Texte gegen den Krieg, Köln

Clausewitz, Carl von (1980), Vom Kriege, Hinterlassenes Werk, Frankfurt/Berlin/Wien

Einstein, Albert (1966), Friede, aus: A.E., Mein Weltbild, Berlin

Luxemburg, Rosa (1978), Die Russische Revolution, in: dies.: Gesammelte Werke, hier: Bd.4,2, Berlin

Rupp, H.K. (1970), Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer, Köln

EU-KANDIDATENSTATUS FÜR DIE UKRAINE?

Nicht nur ein Symbol, sondern auch Hoffnung!

[von Winfried Böttcher](#)

Vorbemerkung

> Die Ukraine führt einen Existenzkampf darum, zu welchem Teil der Welt sie gehört < (Jan Lipavský, Tschechischer Außenminister im Interview mit der SZ. 18./19. Juni 2022).

Nach der Reise der vier Repräsentanten Deutschlands, Frankreichs, Italiens und Rumäniens am 16. Juni in die Ukraine sowie der Empfehlung an den Europäischen Rat am 23./24. Juni scheint es wahrscheinlich, dass die Ukraine und Moldau den Status eines Beitrittskandidaten für die EU erhalten. Die verbliebenen Einwände Portugals, Dänemarks und jüngst mal wieder Ungarns müssen bis zu Gipfel noch ausgeräumt werden.

Was bedeutet dieses >historische Ereignis< (Sylensky) für die Ukraine? Ist es mehr als ein symbolischer Akt?

In jedem Fall bedeutet es für die Ukraine, die sich in einem Überlebenskampf mit Russland befindet, Unterstützung und Hoffnung. Es ist das Bekenntnis der Mitglieder der Europäischen Union, dass die Ukraine integraler Bestandteil der europäischen Familie ist. Dies wird den Überlebenswillen in einem menschenverachtenden Krieg stärken.

Der lange Weg nach Europa

Mit der Zusicherung des deutschen Bundeskanzlers und seiner mitreisenden Kollegen wurde allerdings kein Hehl daraus gemacht, dass es bis zur Mitgliedschaft ein sehr langer Weg ist.

Die Prozesse der Beitrittsbemühungen Litauens, Lettlands und der Slowakei dauerten 34 Monate. Verglichen mit demjenigen der Türkei, war dies noch besonders schnell.

Die Türkei wurde 1999 Kandidat. Die Beitrittsverhandlungen begannen 2005, immer wieder unterbrochen und ins Stocken geraten. Nun ist die Türkei ein ganz besonderer Fall. Eine notwendige Souveränitätsabgabe an die EU ist mit dem Türkischen Präsidenten Erdogan nicht verhandelbar.

Allerdings laufen die Verhandlungen mit den Westbalkanländern auch mehr als schleppend: Nordmazedonien – seit 2005 Kandidat, Montenegro – seit 2010, Serbien – seit 2012 und Albanien – seit 2014.

Der albanische Ministerpräsident Edi Rama brachte seine Enttäuschung auf den Punkt, als er die Verhandlungen mit der Europäischen Union mit dem >Warten auf Godot< verglich.

So sehr sich die Ukraine über die offizielle Anerkennung als EU-Beitrittskandidat auch freuen darf, so sehr müssen die Aussichten auf einen Beitritt in absehbarer Zeit ernüchternd wirken im Lichte der Beitragsbemühungen in den Westbalkanländern.

Hier stellt sich die sehr grundsätzliche Frage, ob die Europäische Union in ihrer derzeitigen Verfasstheit überhaupt erweiterungsfähig ist? Ob nicht jede Erweiterung die Union in ihrer Handlungsfähigkeit einschränkt? Ob nicht jede Erweiterung ein Stück weniger integraler Zusammenhalt bedeutet?

Nach der fünften und größten Erweiterung 2004 mit Estland, Lettland, Litauen, Malta, Tschechien, Polen, Slowakei, Slowenien, Ungarn und Zypern, 2007 Bulgarien und Rumänien sowie Kroatien 2013 haben die Probleme bei der Entscheidungsfindung massiv zugenommen. Bei den „alten“ Mitgliedern hat in ähnlichem Maße die Skepsis gegenüber Erweiterungen zugenommen wie auch in weiten Teilen der Bevölkerung, wie uns Umfragen zeigen.

In einem Gespräch äußerte der vormalige Kommissionspräsident Jacques Santer: „Wäre ich noch Kommissionspräsident gewesen, hätte ich zunächst einmal drei weitere Mitglieder aufgenommen, nach einer längeren Konsolidierungsphase mit drei weiteren Ländern den Erweiterungsprozess fortgeführt und so weiter.“ Dann wären uns wohl viele Schwierigkeiten erspart geblieben

Politisch sinnvoll war die radikale Erweiterung insoweit, um die Spaltung Europas mit Aufnahme der Ost-Europäischen Länder zu überwinden.

Die Aufnahme der Westbalkanländer, der Ukraine und Moldawiens wird die EU vor ähnliche Herausforderungen stellen wie die Erweiterung 2004.

Von daher ist der 2018 geäußerte Gedanke Emanuel Macrons, die Europäische Union mit grundlegenden Strukturreformen zukunftsfähig zu machen, durchaus plausibel. Solange kann man natürlich nicht die Anwärter auf einen Beitritt vertrösten und sie unter Umständen in die Arme Russlands treiben.

Ein Ausweg böte sich nach meiner Auffassung an, indem man vor einer Vollaufnahme der Länder, diese in einem Zwischenschritt an die Europäische Union bindet. So könnten zum Beispiel die Länder kurzfristig Mitglied des europäischen Wirtschaftsraums werden mit den vier Grundfreiheiten für Menschen, Waren, Kapital und Dienstleistungen.

Dies ersetzt natürlich nicht die Perspektive auf eine volle Mitgliedschaft, weil die Länder sich nicht mit einem Status zweiter Klasse zufrieden geben können.

Die doppelte Systemkrise

Nach meiner Auffassung gehen die Vorschläge Macrons nicht weit genug, weil sie nicht berücksichtigen, dass wir mit einer doppelten Systemkrise konfrontiert sind.

Auf der einen Seite nach Innen befindet sich die Europäische Union in einer Mehrebenenkrise – politisch, sozial, institutionell und strukturell.

Auf der anderen Seite ist die Europäische Union Teil einer weltweiten Systemkonfrontation epochalen Ausmaßes, einem Übergang von einer historischen Phase in eine andere.

Nach meiner Auffassung ist sie vergleichbar mit den ganz großen Umbrüchen der Vergangenheit, wie etwa der Neuordnung Europas nach dem 30-jährigen Krieg 1648 oder der Französischen Revolution und deren Folgen seit 1789.

Die derzeitige Krise rüttelt an den Fundamenten der westlichen Gesellschaften, aber auch an denjenigen weltweit. Wir stehen ohne Orientierung da, ohne Perspektiven, wie wir in Zukunft leben wollen.

Die Krise, die die EU in ihrer inneren Verfasstheit betrifft, hängt eng mit dem nationalstaatlich basierten Verbundsystem der EU zusammen. Der Hauptstörfried für eine neu ordnende Transformation in eine transnationale Demokratie Europas ist der Nationalstaat. Er steckt selbst in der Krise. Er ist weitgehend erschöpft. Dort findet man die eigentliche Ursache für die Mehr-Ebenen-Krise, in der die EU steckt.

Sowohl die Nationalstaaten, als auch mit Ihnen die Europäische Union, leben noch immer in überholten Zeiten der Staatsraison mit der sakrosankten Souveränität als oberstem Ordnungsprinzip. Nur mit einer Verlagerung nationalstaatlicher Souveränität auf EU-Ebene hat eine postnationale Demokratie ihre Chance.

Der Nationalstaat hat seine historische Funktion erfüllt, wie zum Beispiel mit seinem Beitrag bei der Überwindung des Feudalismus. Auch hat er nicht „das letzte Wort der Geschichte“, wie die Nationalisten uns glauben machen wollen. „Die Nationen [und mit ihnen die Nationalstaaten] sind nichts Ewiges. Sie haben einmal angefangen. Sie werden einmal enden“, wie es Ernest Renan (1823 – 1892) formulierte (Renan, 447). Zwar ist der Nationalstaat an die Nation gebunden, nicht aber die Nation an den Nationalstaat, wie zum Beispiel die Nation der Kurden, der Schotten, der Basken, der Katalanen zeigen.

Da man realistischerweise nicht davon ausgehen kann, dass die Europäische Union als Verbundsystem von Nationalstaaten kurzfristig zum Beispiel durch eine Europäische Republik vereinter Regionen (vgl. Böttcher 2019, 503ff.) ersetzt werden kann, müssen wir mit einer Transformation step by step beginnen.

Der erste Schritt muss sein, das Einstimmigkeitsprinzip der EU durch ein Mehrheitsprinzip zu ersetzen. Dies ist unerlässlich, weil die zukünftige EU dann nicht mehr erpressbar ist, wie es besonders Ungarn nicht erst in jüngster Zeit immer wieder vorgeführt hat.

Was aber noch wichtiger ist, dass nur ein Mehrheitsprinzip eine überlebensnotwendige Außen- und Verteidigungspolitik möglich macht. Im Lichte des Ukraine - Krieges bedarf dies nicht einer besonderen Begründung. Auch ohne die USA müssen wir uns selbst verteidigen können.

Der zweite Schritt zielt nach Innen. Das Markt rationale Europa hat es nicht verstanden, die wunderbare humane, europäische Erfindung des Wohlfahrtsstaates in 70 Jahren höchst ökonomischer Effizienz umzusetzen. Das soziale Europa hinkt meilenweit hinter dem ökonomischen zurück. Nach Jürgen Habermas treffen „die sozialisierten Kosten des Systemversagens die verletzbarsten Gruppen am stärksten“ (Habermas, 99).

Solch wichtige erste Schritte könnten der Anfang einer anderen Europäischen Union sein.

Die andere Seite der Medaille ist die weltweit stattfindende Systemkonfrontation zwischen zwei Lebensmodellen, dem im Westen entwickelten Demokratiemodell und dem Autokratie-Modell Russlands und Chinas.

Dies ist auch der eigentliche Grund um die Auseinandersetzung in der Ukraine. Es geht um die Zerstörung der euro-atlantischen Einheit, einschließlich der Zerstörung der Europäischen Union. Als Ersatz wird eine eurasische Union angeboten, in der kein Diktator abtreten muss, keine freie Wahlen Voraussetzung für den Beitritt sind, keine jahrelangen Beitrittsmarathons, attraktiv für alle, die die EU verlassen wollen. „Langfristig werde Eurasien die EU in Form einer größeren Union von Europa überwinden“ (Snyder, 91), wie Putin erklärte.“ Ein Raum zwischen Atlantik und Pazifik, von Lissabon bis Wladiwostok“ (ibid.)

„Trotz vieler nicht zu leugnender Missstände in der Europäischen Union, trotz der Dominanz nationaler Interessen vor dem Gemeinschaftsinteresse, trotz oft der zäh wirkenden Gemeinschaftsmethode bei Verhandlungen, trotz des lähmenden Einstimmigkeitsprinzips beim Fortschreiten im Integrationsprozess wird die eurasische Union unter der Dominanz Russlands niemals die Attraktivität der Europäischen Union erreichen und dies aus einem einfachen Grunde.

Eine Demokratie, die den Werten der Französischen Revolution – Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit [Solidarität] – verpflichtet ist, in der der Mensch die Zentralinstanz der Politik ist, ist jedem anderen System ohne diese Werte auf Dauer überlegen.“ (Böttcher 2022, 114).

[PROF. DR. WINFRIED BÖTTCHER](#)

Aachen, im Juli 2022

Nachweise

Habermas, Jürgen (2011), Die Verfassung Europas, Berlin

Lipavský, Jan, Interview in SZ, 18./19. 2022

Renan, Ernest (1882), Was ist eine Nation, in: Georg Brunold (2013), Nichts als der Mensch, Beobachtungen und Spekulationen aus 2500 Jahren, S.439 – 447, Köln

Snyder, Timothy (2019), Der weg in die Unfreiheit, - Russland, Europa, Amerika, München

Böttcher, Winfried (Hrsg.) (2019), Europas vergessene Visionäre – Rückbesinnung in Zeiten akuter Krisen, Baden-Baden

Böttcher, Winfried (2021), Europa 2020 – Von der Krise zur Utopie, Baden-Baden

Böttcher, Winfried (2022), Russland und Der Westen, ein um 60 S. erweiterte Aufl., Jüchen